

NEUE ZUGER ZEITUNG

Heute mit
APERO



IN ZUG FAHREN TRUTHÄHNE TAXI
WWW.TRUTHAHTAXI.CH



BESTELLEN, ESSEN & GENIESSEN

Konflikt Papst Franziskus ruft die
Konfliktparteien in der Zentralafrikanischen
Republik zur Versöhnung auf. **5**

Aufwind Stürmer Dario
Bürgler steuert zu den letzten beiden
EVZ-Siegen je einen Treffer bei. **23**

Ja zum Beitrag ans Podium 41

ZUG red. 5581 Ja (70,5 Prozent) gegen 2335 Nein (29,5 Prozent). Die Zuger bekennen sich deutlich zum jährlich wiederkehrenden Beitrag von 335 000 Franken für die Weiterführung des Podiums 41. Damit ist der Betrieb des Lokals im Zuger Hafen für die kommenden vier Jahre gesichert. Die Referendumsabstimmung zum Podium 41 war gestern die einzige Abstimmung in der Stadt. Bemerkenswert ist deshalb die hohe Stimmbeteiligung von fast 47,6 Prozent. Stadtrat Urs Raschle, Vorsteher Departement Sicherheit, Umwelt und Soziales, zeigte sich erfreut über das klare Ergebnis. Er sei sich aber auch bewusst, dass man die Kritiken aus dem Abstimmungskampf ernst nehmen müsse. Deshalb möchte der Stadtrat an einem runden Tisch über allfällige Fragen diskutieren. **11**

Begehrte Plätze am Weihnachtsmarkt

ZUG red. Geplant waren eigentlich 35 Stände am Zuger Weihnachtsmarkt. Jetzt sind es fast 50. Der Verein Zuger Weihnachtsmarkt wird von Anfragen regelrecht überrollt. Seit 2005 der Weihnachtsmarkt auf dem Landsgemeindeplatz aufgeben musste, gibt es in der Stadt ausser dem Märliisunntig keinen Adventsanlass mehr. Nun findet im Gebiet Postplatz-Zeughausgasse-Hirschenplatz zwischen dem 10. und 13. Dezember ein solcher Anlass statt.

Wie Tatiana Vogt, Präsidentin des Vereins Zuger Weihnachtsmarkt, erklärt, sei es gelungen, einen guten Mix aus professionellen Marktfahrern und einheimischen Vereinen und Ausstellern zu finden. «Wobei die Zuger in der Überzahl sind», sagt Vogt. «Wir hoffen nun auf gutes, richtig weihnächtliches Wetter.» **12**

Die EU umwirbt die Türkei

FLÜCHTLINGSKRISE sda. Neuer Schwung für die Beitrittsverhandlungen, Visa-Erleichterungen und 3 Milliarden Euro für Flüchtlinge in der Türkei: Auf einem Sondergipfel hat die EU der Türkei gestern Abend viele Zugeständnisse angeboten, um einen gemeinsamen Aktionsplan in der Flüchtlingskrise in Kraft zu setzen.

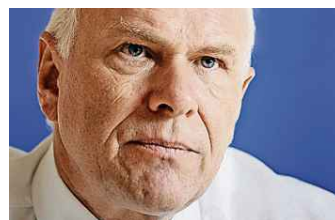
Der Gipfel markiere «einen historischen Tag» in den seit 2005 laufenden Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU, sagte der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu in Brüssel. Die Türkei sei «eine europäische Nation» und zur Zusammenarbeit bereit. Vor dem Gipfel gab es auch Kritik, es wurde von einem «schmutzigen Deal» mit der Türkei gesprochen angesichts der verschlechterten Menschen- und Bürgerrechtslage im Land. **Kommentar 5. Spalte** **7**

Zuwanderung: Steht eine Lösung kurz bevor?

SCHWEIZ-EU In die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative kommt offenbar Bewegung. Die EU soll zu Kompromissen bereit sein.

Ikz. Vor den Wahlen wollte in der Schweizer Politik kaum jemand über die Umsetzung der im Februar 2014 angenommenen Zuwanderungsinitiative der SVP reden. Nun könnte das Schweigen bald ein Ende haben: Laut Berichten der «NZZ am Sonntag» und der «Sonntagszeitung» dürfte der Bundesrat demnächst über das weitere Vorgehen entscheiden, womöglich bereits an seiner Sitzung am Freitag.

Laut «Sonntagszeitung» haben SVP und Wirtschaftsvertreter im Hintergrund einen «Deal» erzielt. Demnach soll die SVP nicht mehr auf Kontingente bestehen, sondern auch eine Umsetzung



«Es herrscht ein neuer Pragmatismus: Man ist sich einig, dass die Zuwanderung beschränkt werden muss.»

HANS HESS,
PRÄSIDENT SWISSMEM

mittels einer Schutzklausel akzeptieren. Im Gegenzug sei die Wirtschaft zu Massnahmen für die Beschränkung der Zuwanderung bereit. «Es herrscht ein neuer Pragmatismus», sagte Hans Hess, Präsident des Industrieverbands Swissmem, gegenüber der Zeitung. «Man ist sich einig, dass die Zuwanderung beschränkt werden muss.» Laut «NZZ am Sonntag» ist auch die EU zu Kompromissen bereit. Eine diplomatische Lösung sei «in Griffnähe».

Rahmenabkommen blockiert

In einem anderen europapolitischen Dossier sind dagegen keine Fortschritte zu verzeichnen: Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen kommen nicht vom Fleck. Umstritten ist vor allem die Frage der Streitbeilegung: Brüssel beharrt darauf, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Streitfragen Entscheide fällt, die auch für die Schweiz bindend sind. **3/4**



Der Cellist wird zum Tenor

Das Stadtorchester Zug feierte am Wochenende eine Premiere. Und ein Jubiläum. Sein über die Kantonsgrenzen hinaus bekannter Cellist Jonas Iten (rechts) interpretierte zusammen mit Hornist Ivo Gass Benjamin Britten. Und Dirigent Jonathan Brett Harrison leitet das Orchester musikalisch seit 20 Jahren. Bild Stefan Kaiser **19**

KOMMENTAR

Pakt des Misstrauens

In der Not frisst der Teufel Fliegen: Nachdem die Europäische Union in den vergangenen Jahren auf Distanz gegangen ist zu ihrer Beitrittskandidatin Türkei, breitet sie ihr jetzt wieder den roten Teppich aus. Grund dafür ist die Ankunft Hunderttausender syrischer Flüchtlinge in Europa. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan soll sie nun im Land behalten.

Im Gegenzug erhält Erdogan 3 Milliarden Euro, die Visafreiheit für seine Bürger ab nächstem Jahr und die Aussicht auf einen rascheren EU-Beitritt seines Landes - und das Schweiigen der EU zum problematischen Umgang Erdogans mit demokratischen Werten und den Menschenrechten. In einer gemeinsamen Erklärung ist von Zusammenarbeit bei Fragen der Sicherheit, der Migration und der Wirtschaft die Rede. Für die Türkei unangenehme Themen fehlen.

Die EU schliesst mit Erdogan darum nur einen Pakt des Misstrauens: Regelmässig will sie überprüfen, wie viele Flüchtlinge weiterhin aus der Türkei nach Europa gelangen, bevor sie schrittweise ihren Teil der Verpflichtungen erfüllt. Und während die EU neue Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet, drückt die deutsche Kanzlerin Angela Merkel gleichzeitig ihre Skepsis darüber aus, ob die Türkei wirklich so rasch in die EU gehört.

Solches Misstrauen gegenüber Erdogan ist wichtig. Kurzfristig mag der starke Mann der Türkei für eine Beruhigung der Flüchtlingsströme sorgen. Doch Voraussetzung für eine langfristige Beruhigung der Flüchtlingskrise sind Stabilität und Wohlstand im Nahen Osten. Die sind nicht möglich ohne Demokratie, Rechtsstaat und Einhaltung der Menschenrechte - auch in der Türkei.

FABIAN FELLMANN, BRÜSSEL
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Angebotsübersicht auf



www.abopassshop.ch
Abonnieren lohnt sich!



00277

9 771421 512809

INHALT

Agenda	8	Ratgeber	10	TV/Radio	14
Forum	5/30	Rätsel	22	Wetter	10
Kultur	19/20/21	Todesanzeigen	9	Zentralschweiz	16